

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigenstellen entgegen. — Druckerei: Auer, Erzgebirge, Nr. 22.

Zeitungsumlage: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postnummer: 1000.

Nr. 143

Dienstag, den 21. Juni 1932

27. Jahrgang

Keine Entscheidung in Hessen

Hessische Landtagswahl — Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gewinnen Sitze — Zentrum unerschütterlich

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis in Hessen
Frankfurt a. M., 19. Juni. Sozialdemokraten 172 545, Zentrum 108 808, D.D.P. 11 679, Kommunisten 82 111, Liste Dr. Beuchtgens 2079, D.D.P. 11 267, D.D.P. 328 318, Demokraten 4925, Nationale Einheitsliste 25 175. Danach ergibt sich folgende Mandatsverteilung: Sozialdemokraten 17, Zentrum 10, D.D.P. 1, Kommunisten 7, Dr. Beuchtgens 0, D.D.P. 1, Nationalsozialisten 32, Demokraten 0, Nationale Einheitsliste 2.
Wenn man die Mandatsziffern der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Nationalen Einheitsliste zusammenzählt, ergibt sich eine Mandatsziffer von 35 gegenüber 70 insgesamt.

1930 noch 28,9 Prozent der Wähler hinter sich hatten. Die Kommunisten haben starke Einbußen erlitten. Von bisher 13,8 Prozent und 10 Mandaten sind sie auf 11 Prozent und 7 Mandate zurückgegangen. Da die mit der D.D.P. zusammengehende kommunistische Opposition bei gleichfalls starkem Stimmenverlust sich ihr bisheriges Mandat erhalten konnte, haben die Linksparteien insgesamt jetzt einen Sitz weniger als bisher (25 gegen 26). Einen leichten Stimmenrückgang (3000) hat das Zentrum erfahren, der aber nur ungefähr der geringeren Wahlbeteiligung entspricht. Relativ hat seine Stärke noch etwas zugenommen (14,5 gegen 14,3 Prozent). Seine Mandatszahl bleibt mit 10 unverändert. Die Deutschnationalen haben absolut und relativ (rund 11 000 Stimmen oder 1,5 Prozent) ihre Stimmenzahl und ihren bisherigen Sitz behauptet. Bei der Reichstagswahl 1930 erreichten sie mit 11 900 Stimmen oder 1,6 Prozent eine nur wenig höhere Stimmenzahl. Beim ersten Gang der Reichspräsidentenwahl wurden für Duesterberg 16 203 Stimmen oder 2 Prozent abgegeben. Die hessischen Demokraten haben, allerdings auf niedrigerer Basis, ihren Besitzstand gut gehalten (4925 oder 0,7 Prozent gegen 4818 oder 0,6 Prozent bisher). Das politisch bedeutsamste Ergebnis der hessischen Landtagswahl ebenso wie der beiden vorangegangenen Landtagswahlen in Mecklenburg und Oldenburg ist aber der fortschreitende Zerfall der bürgerlichen Mittelparteien. Obwohl sie sich diesmal alle sechs von der Staatspartei bis zum Landvolk zu einer nationalen Einheitsliste zusammengeschlossen hatten, konnten sie von ihren bisherigen beim letzten Wahlkampf noch getrennt errungenen fünf Mandaten nur zwei retten. Ihre Stimmenzahl ging von 187 112 oder 25,1 Prozent im Jahre 1930 auf 85 208 oder 8,7 Prozent im Jahre 1931 auf jetzt 25 175 oder 3,4 Prozent gültigen Stimmen zurück.

Das Wahlergebnis

Berlin, 19. Juni. Bei einer Wahlbeteiligung von nur etwa 77 Prozent gegenüber 82,4 Prozent bei der letzten Wahl und von 88,2 Prozent bzw. 84,7 Prozent bei den beiden Präsidentenwahlen hat die heutige hessische Landtagswahl in erster Linie den Nationalsozialisten Erfolge gebracht. Der Anteil ihrer Stimmen stieg von 87,1 Prozent bei der letzten Wahl auf 44 Prozent der gültigen Stimmen und ihre Mandatszahl von bisher 27 auf 32. Auch wenn man die Reichspräsidentenwahl zum Vergleich heranzieht, zeigt sich ein Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen von 314 039 (38,8 Prozent) im zweiten Wahlgang auf nunmehr 328 318. Günstig haben beim Wahlkampf auch die Sozialdemokraten abgeschnitten. Ihr Stimmenwachstum beträgt etwa 4400 und die Zahl ihrer Abgeordneten erhöht sich infolge der feststehenden Mandatszahl und der geringeren Wahlbeteiligung von 15 auf 17. Anteilsmäßig fielen ihnen diesmal 33,1 Prozent der Stimmen zu gegen 31,4 Prozent bei der letzten Landtagswahl, während sie bei der Reichstagswahl von



Ein Schnappschuß aus Lausanne: Reichstagsler von Japan und der französische Ministerpräsident Herriot bei einer Besprechung während der Lausanner Reparationskonferenz.

der Hauptdelegierten Frankreichs, Englands, Italiens und Japans nach Genf zu Abrüstungsbesprechungen mit den amerikanischen Vertretern bei der Abrüstungskonferenz zeigt, daß

die Verbindung zwischen Abrüstungs- und Tributfrage nunmehr tatsächlich hergestellt ist. Die Genfer Verhandlungen sollen auf englische und amerikanische Wünsche zurückgehen. Man will anscheinend durch eine Teillösung der Abrüstungsfrage Zugeständnisse Frankreichs in der Tributfrage erreichen. Die in Lausanne anwesenden Reichsminister sind über den Gang der in Genf stattfindenden Besprechungen unterrichtet worden. In maßgebenden deutschen Kreisen wird der Standpunkt vertreten, daß irgendwelche Vereinbarungen über die Abrüstungsfrage, an der Deutschland nicht teilnimmt, in keiner Weise für die deutsche Regierung bindend sein könnten, und daß die deutsche Regierung selbstverständlich in vollem Umfang an ihrem bisherigen Abrüstungsprogramm der Gleichberechtigung Deutschlands und entscheidende Herabsetzung aller Abrüstungen gemäß den Deutschlands auferlegten Entwaffnungsmethoden festhält.

Reichsinnenminister beruft eine Länderkonferenz ein

Berlin, 18. Juni. Der Reichsminister des Innern hat heute die Innenminister der Länder zu einer Besprechung über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf Mittwoch, den 22. Juni 1932 eingeladen.

Die Situation in Lausanne

Gefährliche Pläne und Verhandlungen

Lausanne, 19. Juni. Das politisch wichtigste Ereignis der Lausanner Reparationskonferenz am Sonntag besteht in der Vertagung der für Montag vormittag anberaumten Sitzung der sechs einladenden Mächte auf Montag nachmittags, weil man am Vormittag Zeit zu einer, wie es heißt, entscheidenden Besprechung zwischen Herriot und MacDonald haben will. Im übrigen bestand die Arbeit der Konferenz am Sonntag, da die meisten Delegationsführer sich in Genf befanden, hauptsächlich in Besprechungen zwischen den Sachverständigen. Die französische Delegation hat sich in einem Sonderauschuß unter Vorst. von Professor Riffi weiter mit der Frage der

der Reparationsfrage nur in einem Kompromiß zwischen diesen beiden extremen Lösungen gefunden werden. Wohl ist es recht und billig, Deutschland von seinen Verpflichtungen in einer Periode besonderer Krise zu entlasten, es wäre aber ungerecht (!), Deutschland von allen Lasten für den Tag zu befreien, an dem seine Prosperität wiederkehren würde, andernfalls würde die deutsche Wirtschaft sich in einer unbestreitbar bevorzugen Lage befinden und das Gleichgewicht der europäischen Produktion zu Deutschlands Vorteil gerückt.
Im übrigen ist in Lausanne wieder auffallend stark die Rede von einer Verlegung der gesamten Verhandlungen nach Genf, was eine Unterbrechung der Lausanner Konferenz auf längere Zeit bedeuten würde. Die heutige Reise

Belastung der deutschen Reichsbahn
beschäftigt. Die Reichsbahn ist bei den französischen Wünschen nämlich wieder in den Vordergrund gerückt. Es heißt, daß die französische Regierung bereits in den nächsten Tagen mit einem Plan hervortreten wird, nach dem Deutschland als Abschlußzahlung für die Tribute deutsche Eisenbahnobligationen verschaffen soll. Man sieht in diesem Plan einen großangelegten Versuch Frankreichs, auf längere Zeit hinaus maßgebenden Einfluß auf die deutschen Eisenbahnen zu gewinnen. Eine Beteiligung der englischen Regierung an diesen Plänen scheint jedoch nicht zu bestehen. Die französische Regierung hält somit hartnäckig an ihrem Standpunkt fest, daß ohne weitgehende deutsche Gegenleistung auf politischem Gebiet und Uebergabe von Eisenbahnobligationen eine endgültige Regelung der Tributfrage nicht möglich sei.

Auch ein am Sonnabendabend ausgegebener Habas-Kommentar unterstützt diese Auffassung. Die wichtigste Stelle daraus lautet: „Betreffs der Reparationen wird die These von der völligen Streichung, die, abgesehen von Deutschland, bei der italienischen und englischen Delegation Anhänger zählt, sicher von Frankreich und Belgien abgelehnt werden. Aber auch die These von der restlosen Beibehaltung der ungezügelt Young-Transche dürfte nicht zugelassen werden. Denn die finanzielle und wirtschaftliche Depression Deutschlands ist nach Ansicht der Baseler Sachverständigen so ernst, daß sie gegenwärtig derartige Zahlungen nicht erlaubt. Infolgedessen kann die Regelung

der Reparationsfrage nur in einem Kompromiß zwischen diesen beiden extremen Lösungen gefunden werden. Wohl ist es recht und billig, Deutschland von seinen Verpflichtungen in einer Periode besonderer Krise zu entlasten, es wäre aber ungerecht (!), Deutschland von allen Lasten für den Tag zu befreien, an dem seine Prosperität wiederkehren würde, andernfalls würde die deutsche Wirtschaft sich in einer unbestreitbar bevorzugen Lage befinden und das Gleichgewicht der europäischen Produktion zu Deutschlands Vorteil gerückt.“

Überall politische Ausschreitungen

Politische Zusammenstöße in Stettin
Stettin, 18. Juni. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Angehörigen der Eisernen Front kam es heute nachmittag wiederholt zu Zusammenstößen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Politische Zusammenstöße in Düsseldorf
Düsseldorf, 18. Juni. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ist es heute nacht zu einer größeren Schlägerei gekommen, bei der einige Schäfte gewechselt worden sein sollen. Soweit festgestellt wurde, sind mehrere Personen leicht verletzt worden.

Tumulte in Ludwigshafen
Ludwigshafen, 18. Juni. Zu starken Zusammenrottungen von Kommunisten kam es gestern in der Bismarckstraße und in der Friesenheimerstraße vor dem Hof der Nationalsozialisten. Auch sonst kam es wiederholt zu Tumulten zwischen politischen Gegnern. Die allgemeine Ruhe konnte erst nach Mitternacht wiederhergestellt

werden. Die Polizei mußte fortgesetzt tätig sein, um die Ansammlungen zu zerstreuen und einschende Schlägereien zu verhindern, wobei des Heren auch vom Gummirollen Gebrauch gemacht werden mußte. Im nächsten Stadtteil wurde die Polizei von der erregten Menge mit Beleidigungen empfangen. Aus einzelnen Fenstern wurden die Beamten mit Blumentöpfen und Flaschen beworfen, wobei drei Beamte leicht verletzt wurden. Insgesamt wurden 25 Personen festgenommen.

Vier Schwerverletzte in Rheinfelden
Groß-Gerau, 18. Juni. Im Dinschdarten Weinsheim sollte gestern abend eine sozialdemokratische Wahlversammlung stattfinden, zu der Mitglieder des Reichsbanners aus Groß-Gerau und Trebur erschienen waren. Bei der Ankunft der 70 Reichsbannermitglieder in Weinsheim wurden sie von etwa 200 Weinsheimer Einwohnern, die nationalsozialistisch eingestellt sind, mit Haken, Sensen und Knäppeln angegriffen. Ein Reichsbannermann aus Trebur erlitt einen schweren